



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

22. Januar 2016

Nein heißt Nein! +++ Wohnen für alle? +++ Verdrängte Kinderarmut +++ Unterschriften für Obdachlose

Liebe Leserinnen und Leser,



Schöne Seite des Winters – Eisbahn in den Wallanlagen (Foto: M. Fisch)

willkommen im neuen Jahr, das uns nun doch noch zeigt, was winterliche Temperaturen sind. Selbst wenn der Temperatursturz um die Jahreswende hart ausfiel, sollten wir auch ein wenig froh sein, dass das Thermometer wenigstens ab und zu noch unter den Gefrierpunkt fällt. Schließlich haben wir seit 1998 die zehn wärmsten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnung 1880 erlebt, und die bedrohlichen Auswirkungen der Erderwärmung hat jüngst Stephen Emmott in seinem Buch »Zehn Milliarden« mehr als anschaulich ausgeführt.

Doch zurück zu den Mühen der stadtpolitischen Ebenen, die in diesen Tagen und Wochen unverändert von der »Flüchtlingsfrage« geprägt sind, sei es im Hinblick auf die Silvesterereignisse vor allem in Köln, aber auch auf der Reeperbahn und dem Jungfernstieg, sei es mit Blick auf die Debatte um den Bau von mehreren Tausend »Expressbauten« an einigen wenigen Orten in den sieben Bezirken. Inzwischen haben sich in einigen Stadtteilen, in denen größere Siedlungen

geplant sind, Bürgerinitiativen gegründet, die sich gegen »Ghettobauten« und die »Ballung« von Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft aussprechen. Noch ist unklar, welchen Anteil Rechtspopulisten und fremden- bzw. flüchtlingsfeindliche Strömungen in den verschiedenen Gruppierungen haben, und auch der am 4. Januar gebildete Dachverband der »Initiativen für erfolgreiche Integration Hamburg« (ifi) wird sehr genau unter die Lupe zu nehmen sein. Nichtsdestoweniger kann es aber nicht angehen, dass der Senat mal eben Beteiligungsrechte aushebelt und andere Wege der Schaffung kleinteiligerer Wohnungskomplexe – z.B. durch das Ausfindigmachen und die Beschlagnahme anhaltender Wohnungs- und Büroleerstände – schlicht ignoriert.

Krankheitsbedingt fällt der »BürgerInnenbrief« diesmal etwas »dünner« aus. Wir hoffen trotzdem auf reges Interesse.

Herausgeberinnen und Redaktion

Nein heißt Nein!



»Reeperbahn at dawn« von Florian Timm - <https://flic.kr/p/pkF5D8>

Die Übergriffe auf Mädchen und Frauen in der Silvesternacht in Köln, auf der Reeperbahn und am Jungfernstieg in Hamburg haben zu einer Riesendebatte in der Bundesrepublik ge-

führt und innerhalb weniger Tage die Stimmung gegen Geflüchtete anwachsen lassen. Die Linksfraktion hat in einem ersten Statement Position bezogen:

Frauen und Grundrechte brauchen gleichermaßen Schutz!

Presseerklärung der Linksfraktion vom 12. Januar 2016

In der Debatte um die überwiegend sexuellen Übergriffe auf Frauen im öffentlichen Raum werden zunehmend straf- und aufenthaltsrechtliche Aspekte vermischt. Gegen diese unzulässige Instrumentalisierung wendet sich die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

»Mehr und mehr Frauen trauen sich, sexuelle Gewalt anzuzeigen oder sich zur Wehr zu setzen«, erklärt dazu Cansu Özdemir, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion. »Das ist nicht selbstverständlich. Nach wie vor wird die weit verbreitete sexuelle Gewalt kaum diskutiert, in Erziehung und Lehrplänen spielt sie kaum eine Rolle. Umso bitterer finde ich es, dass sich jetzt gerade die Verfechter patriarchaler Strukturen in Szene setzen als angebliche Verteidiger der Frauen – solange nur die mutmaßlichen Täter einen Migrationshintergrund haben. Damit missbrauchen sie die Betroffenen für ihre eigenen schädigen Zwecke. Repression und erst Recht Abschiebung und Abschottung bekämpfen nicht die Ursachen des Problems. Was wir brauchen, ist eine echte Stärkung der Frauen, eine Anpassung des Sexualstrafrechts und eine finanzielle Stärkung der Beratungs- und Anlaufstellen.«

»Selbstverständlich muss jede Anzeige verfolgt, jede Tat aufgeklärt, jeder hinreichend Tatverdächtige angeklagt und gegebenenfalls verurteilt und bestraft werden – und zwar in dem Land, in dem die Tat begangen wurde«, ergänzt Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Fraktion. »Genau dafür gibt es das Strafgesetzbuch, es gilt für alle in Deutschland begangenen Taten unabhängig von der Nationalität von TäterInnen. Strikte Rechtsstaatlichkeit ist das Gebot der Stunde. Völlig ungerechtfertigt sind deshalb die zahlreichen Versuche, jetzt die Grundrechte abzubauen und etwa das Asylrecht in ein diffuses Gastrecht umzudeuten. Die abscheulichen Vorfälle so oder anderweitig für ausländerfeindliche, islamfeindliche oder andere grundrechtsfeindliche Bestrebungen zu instrumentalisieren, ist brandgefährlich – nicht zuletzt für den Rechtsstaat.«

#ausnahmslos



One Billion Rising, 2013, Washington D.C. (E. Barnes/wikipedia)

Wir nehmen hier ungekürzt den Aufruf »Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall. #ausnahmslos« auf, der mittlerweile von Tausenden Frauen und Männern unterzeichnet worden ist und der auch unseres Erachtens die Lage und die nötigen Forderungen gut auf den Punkt bringt. Das Dokument kann unter www.ausnahmslos.org unterzeichnet werden:

In der Silvesternacht auf 2016 waren in Köln und anderen deutschen Städten viele Frauen sexualisierter Gewalt an öffentlichen Plätzen ausgesetzt. Diese Taten müssen zügig und umfassend aufgeklärt werden. Die Schutzlücken im Straftatbestand der sexuellen Nötigung/Vergewaltigung müssen endlich geschlossen werden.

Wir fordern, dass den Betroffenen jetzt alle Unterstützung und Hilfe zukommt, die sie benötigen. Wir stehen solidarisch mit all denjenigen, die sexualisierte Gewalt und Belästigung erfahren und erfahren haben.

Wer wir sind

Als Feminist_innen¹ aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen setzen wir uns seit vielen Jahren für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und für eine offene und faire Gesellschaft ein, engagieren uns gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt. Dabei haben wir gelernt, wie wichtig es ist, auch gegen Rassismus und andere Formen von Diskriminierung zu stehen.

Dafür setzen wir uns ein

Der konsequente Einsatz gegen sexualisierte Gewalt jeder Art ist unabdingbar und von höchster Priorität. Es ist für alle schädlich, wenn feministische Anliegen von Populist_innen instrumentalisiert werden, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen zu hetzen, wie das aktuell in der Debatte um die Silvesternacht getan wird.

Sexualisierte Gewalt darf nicht nur dann thematisiert werden, wenn die Täter die vermeintlich »Anderen« sind: die muslimischen, arabischen, schwarzen oder nordafrikanischen Männer – kurzum, all jene, die rechte Populist_innen als »nicht deutsch« verstehen. Sie darf auch nicht nur dann Aufmerksamkeit finden, wenn die Opfer (vermeintlich) weiße Cis²-Frauen sind. Der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt muss jeden Tag ausnahmslos politische Priorität haben, denn sie ist ein fortwährendes Problem, das uns alle betrifft. 2014 ergab eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. Die polizeiliche Kriminalstatistik weist jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus,³ das sind zwanzig jeden Tag. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Alle Menschen sollen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität, Religion oder Lebensweise, sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sein: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Ausnahmslos. Das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft.

Für diese politischen Lösungen setzen wir uns ein:

1. **Die Arbeit der Beratungsstellen muss gestärkt und ihr Angebot ausgebaut werden**, einschließlich Therapiemöglichkeiten und besserem, schnelleren Zugang zu Therapieplätzen. Auch die Arbeit von Frauenhäusern muss gestärkt und vor allem finanziell ausreichend abgesichert werden.

¹ Das sogenannte Gender Gap, signalisiert durch den Unterstrich, bietet Platz für Menschen, die sich außerhalb der binären Geschlechterkategorien Mann-Frau einordnen.

² Mit der Vorsilbe Cis werden Personen bezeichnet, die sich mit ihrem bei der Geburt zugeordneten Geschlecht identifizieren.

³ Bundesministerium des Inneren: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014, S. 4.

Alle Beratungsstellen und -angebote müssen barrierefrei sein.

2. Die Gesetzeslage muss angepasst werden: **Sexuelle Belästigung ist in Deutschland immer noch keine eigenständige Straftat**. Und ob eine Vergewaltigung als strafbar gilt, wird zum Beispiel auch daran festgemacht, ob sich die betroffene Person ausreichend zur Wehr setzte.
3. **Mehr öffentliche Aufklärungsarbeit hilft, Gewalt zu vermeiden**, und signalisiert den Betroffenen, dass sie sich Hilfe holen und mit gesellschaftlicher Unterstützung rechnen können. Wir möchten dafür sensibilisieren, dass die Gefahr, Sexismus und sexualisierte Gewalt zu erleben, im engen sozialen Umfeld besonders groß ist und in allen gesellschaftlichen Gruppen vorkommt.
4. Auch eine **geschlechtersensible Pädagogik kann (sexualisierter) Gewalt vorbeugen**. Dazu zählt nicht zuletzt die Aufklärung über Geschlechterstereotype und die Bedeutung von Sprache.
5. **Polizei und Justiz müssen geschult werden**, damit es überhaupt zur Strafverfolgung kommt und in diesen Prozessen sensibel und respektvoll mit Betroffenen umgegangen wird.

Für diese gesellschaftlichen Lösungen setzen wir uns ein:

6. **Die Debatte über sexualisierte Gewalt muss offen, kritisch und differenziert geführt werden**. Dazu gehört die Analyse, Aufarbeitung und Bekämpfung von soziokulturellen und weltanschaulichen Ursachen von Gewalt. Dringend muss auch über Auswirkungen gesellschaftlicher Stigmatisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt gesprochen werden.
7. Betroffene sexualisierter Gewalt müssen ernst genommen werden. Es darf **keine Täter_innen-Opfer-Umkehrung**, wie in Form von Verhaltensregeln für Betroffene, und keine Verharmlosung geben.
8. **Sexismus und Rassismus sind nicht Probleme »der Anderen«**: Wir alle sind von struktureller Diskriminierung geprägt und müssen erlernte Vorurteile erst einmal reflektieren, um sie abzulegen.
9. **Wer Zeug_in von sexualisierter Gewalt und Sexismus wird, sollte nicht wegschauen, sondern eingreifen**

– von Hilfe und Beistand bei sexualisierten Übergriffen bis zum Einspruch gegen sexistische Sprüche, »Witze« oder Werbung.

Für diese medialen Ansätze setzen wir uns ein:

10. **Die mediale Berichterstattung über sexualisierte Gewalt darf die Opfer nicht verhöhnen und die Taten nicht verschleiern**. Täter sollten nicht als »Sex-Gangster« oder »Sex-Mob« beschrieben – da sexualisierte Gewalt nichts mit Sex zu tun hat – und häusliche Gewalt nicht als »Familien-« oder »Beziehungsdrama« verharmlost werden.
11. **Sexismus und andere Diskriminierungsformen müssen als Nährboden für sexualisierte Gewalt verstanden und als reale und bestehende Probleme anerkannt werden**. Es muss ernst genommen werden, wie die mediale Darstellung u.a. weiblicher Körper als Lustobjekte mit sexualisierter Gewalt verknüpft ist. Sexismus darf weder im Alltag noch in der Werbung und in den Medien Platz haben.
12. **Das Problem des Sexismus und der sexualisierten Gewalt darf nicht »islamisiert« und damit pauschal einer Religion und ihren – häufig vermeintlichen – Angehörigen zugeschrieben werden**. Damit werden mindestens 5 Millionen Menschen in Deutschland unter Generalverdacht gestellt. Redaktionen sollen reißerische und stigmatisierende Deutungen vermeiden, denn diese ziehen konkrete negative Folgen für Mitglieder unserer Gesellschaft nach sich.
13. **Die Bildsprache ist frei von rassistischen und sexistischen Klischees zu halten**. Bilder wirken unterbewusst und können selbst eine differenzierte Berichterstattung torpedieren.
14. **Redaktionen müssen vielfältiger werden**. Nach wie vor sind nur ein Bruchteil der Journalist_innen in Deutschland nicht-deutscher Herkunft und Berufswege stehen vor allem Menschen mit formal hoher Bildung offen. Männlich, heterosexuell und weiß dominierte Chefredaktionen tragen dazu bei, dass Themen, die andere Geschlechter, Ethnien und Minderheiten betreffen, nicht mit ausreichend Raum und Kompetenz behandelt werden.



»Wisch und weg«, Wandbild von Hildegund Schuster, 1997, Große Elbstraße (Foto: M. Fisch)

Geflüchtete, Großsiedlungen, Wohnen für alle?

Von Heike Sudmann



Leerstand City Nord + Mietdemo 2012

Durch die Geflüchteten, die in Hamburg Schutz suchen, wird nochmal extrem deutlich, dass es in Hamburg seit Jahren viel zu wenig günstige und Sozialwohnungen gibt. In dieser Situation ist es wichtig, auf alle Gruppen zu achten, die auf dem offiziellen Wohnungsmarkt Schwierigkeiten haben und die auf günstige Wohnungen angewiesen sind: Wohnungs- und Obdachlose, Menschen mit wenig Einkommen und die Geflüchteten. Ein gegeneinander Ausspielen dieser Gruppen hätte verheerende Folgen für das Zusammenleben in dieser Gesellschaft.

Immerhin hat der Senat erkannt, dass der Bau von bisher jährlich 6.000 neuen Wohnungen nicht ausreicht. Deshalb will er jetzt in einem Kraftakt 5.600 Wohnungen bis Ende 2016 zusätzlich errichten lassen. Was der Senat und die rot-grüne Koalition planen, was sie nicht anpacken und wie LINKE sich positionieren können, wird nachfolgend dargestellt.

5.600 zusätzliche Wohnungen bis Ende 2016

Anfang November 2015 hat der Senat offiziell mitgeteilt, dass er jedes Bezirksamt gebeten habe, eine Fläche von 8 Hektar zu benennen, auf der bis Ende 2016 rund 800 Wohnungen für ca. 4.000 Flüchtlinge bezugsfertig errichtet werden können (Bürgerschaftsdrucksache 21/1838 »Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen...«). Bei dem geplanten Bau der insgesamt 5.600 Wohnungen gehe es um »neue, großflächige und dauerhafte Siedlungsflächen und damit um Stadtentwicklung und die langfristige Schaffung von dauerhaften Wohnquartieren, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern angenommen und die von Investoren im Vertrauen auf eine dauerhafte Nachfrage errichtet werden. Alle Erfahrungen der Stadt- und Stadtteilentwicklung zur Vermeidung von überforderten Nachbarschaften und Segregation sind einzubeziehen.«

... im Standard des Sozialwohnungsbaus

Die 1,5- bis 4-Zimmer-Wohnungen sollen grundsätzlich durch private InvestorInnen im Standard des öffentlich geförderten Wohnungsbaus errichtet werden. Für insgesamt 30 Jahre soll es eine Mietpreis- und Belegungsbindung für die Wohnungen

geben. In den ersten 15 Jahren soll »Fördern und Wohnen AöR« (f&w) die Wohnungen als öffentliche Unterkunft (Folgeunterbringung) betreiben, danach sollen die Wohnungen dauerhaft dem Wohnungsmarkt zur Verfügung stehen, in den zweiten 15 Jahren noch überwiegend als öffentlich geförderte Wohnungen. Die Belegungsquote wird im zweiten Schritt halbiert: Statt durchschnittlich mindestens fünf Personen während der Folgeunterbringung sollen es im regulären Wohnungsmarkt dann im Durchschnitt 2,5 Personen sein.

...mit besonderen Regelungen zu den BewohnerInnen

Ein Teil der geplanten Wohnunterkünfte soll in Gebieten entstehen, für die es kein Baurecht bzw. keinen Bebauungsplan gibt. Durch die im Oktober 2015 erfolgten Änderungen des bundesweit geltenden Baugesetzbuches (BauGB) ist es möglich, in solchen Gebieten Unterkünfte für »Flüchtlinge und Asylbegehrende« zu bauen. Ein Bebauungsplan kann später erstellt werden, wobei er die bereits erfolgte Bebauung nur noch nachvollziehen kann. Solange es keinen Bebauungsplan gibt, ist laut Senat keine reguläre Wohnnutzung zulässig. Deshalb dürfen – solange die Wohnungen nur als öffentlich-rechtliche Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylbegehrende genutzt werden – andere Wohnungssuchende oder Obdachlose erst dann einziehen, wenn es einen Bebauungsplan gibt.

»Stabile Quartiere«

Auch der Senat sieht die Probleme, die mit solchen Großwohnsiedlungen entstehen können. In dem Abschnitt »Stabile Quartiere« schreibt er: »Eine Konzentration von jeweils rund 4.000 Menschen auf relativ engem Raum bringt planerische und soziale Herausforderungen mit sich. Die Voraussetzungen für ein gutes Zusammenleben und eine positive Quartiersentwicklung sind von Anfang an zu bedenken.«

Hier setzt auch ein zusätzlicher Antrag der rot-grünen Bürgerschaftsfraktion mit dem Titel »25-Punkte für eine gelingende Integration vor Ort« (Drucksache 21/2550) an. Sozialarbeit, Kita, Schule, Gesundheitsversorgung, Sport, Kultur, Arbeit und Ausbildung, Existenzgründungen, Quartiersbeiräte – fast alle wichtigen Stichworte sind dabei. Der Antrag

liest sich erstmal gut, bei genauerer Betrachtung zeigen sich jedoch Defizite, vor allem wird die Illusion genährt, mit 1 Million Euro für jeden Bezirk zusätzlich sei es getan. Die Verschärfung der Konkurrenz zwischen den verschiedensten Einrichtungen auf Stadtteilebene um die in Zeiten der Schuldenbremse immer weniger werdenden Gelder wird ausgeblendet. Ebenso findet sich kein klares Wort zu einer notwendigen Personalaufstockung in den Bezirken, Fachbehörden oder Beratungsstellen. Die Rede ist nur nebulös von mehr Spielraum, der den Bezirken in den Personalbudgets gegeben werden soll.

Sowohl zu dem Senats- als auch zum Koalitionsantrag hat am 19. Januar 2016 eine Sachverständigen-Anhörung im Rathaus stattgefunden.

Am **11. Februar um 17.00 Uhr** folgt dann im Rathaus eine **Anhörung der Bürgerinitiativen und die Senatsbefragung**.

»Stadt des Ankommens« – wie sieht es in Hamburg aus?

An vielen Orten wird über die Unterbringung und die Quartiere für die Flüchtlinge diskutiert.

Die **Bezirksversammlungen und ihre Ausschüsse** z.B. befassen sich intensiv mit den möglichen Standorten für die Unterkünfte. Dabei zeichnet sich in den meisten Bezirken erheblicher Widerstand gegen die Großwohnsiedlungen mit jeweils 800 Wohneinheiten zu je mindestens fünf Personen ab.

Verschiedene Initiativen, die sich im Umfeld von geplanten Standorten gründeten, haben sich zusammengeschlossen zum Bündnis **»Initiativen für eine erfolgreiche Integration in Hamburg – IFI«**. Diese Inis grenzen sich in ihrer Erklärung nach »rechts« und gegen populistische Forderungen ab. Sie sagen nicht »keine Flüchtlinge«, sondern wollen weniger Flüchtlinge an wenigen Großstandorten und mehr dezentrale Einrichtungen. Diese Initiativen sind in ihrer Zusammensetzung sicherlich nicht homogen, sie umfassen Menschen mit ganz unterschiedlichen Positionen: sowohl hilfsbereite Menschen mit echtem Interesse an einer guten Unterbringung für die Flüchtlinge als auch solche, die lieber keinen einzigen Flüchtling in ihrer Nähe haben wollen. Die Bürgerschaftsfraktion **DIE LINKE** wird sich demnächst mit VertreterInnen der Inis treffen.

Rund 300 Menschen aus Stadtteil- und Flüchtlingsinitiativen, sozialen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen sowie aus Geflüchteten-Organisationen haben sich am 11. Dezember 2015 zur Tagung **»Stadt des Ankommens«** getroffen (ausführlicher Bericht s. »BürgerInnenbrief« vom 17.12.2015). Zur Erinnerung hier ein Auszug aus der Pressemitteilung der Organisationsgruppe vom 13.12.2015 über die Tagung:

»Anliegen war es dabei, über konkrete Beispiele und Erfahrungen aus verschiedensten Zusammenhängen in Hamburg eine Vorstellung zu entwickeln, wie die Stadt des Ankommens aussehen kann und welche Bedingungen dafür geschaffen werden müssen. Am Abend wies der Stadtsoziologe Prof. Dr. Walter Siebel in seinem Vortrag nach, dass der Zuzug von

»Fremden« für die Stadt Alltag ist, ja konstitutiv in deren Geschichte war.

Wichtige, von dieser Tagung ausgehende Botschaften waren

- die dringend nötige Förderung der Selbstorganisation von MigrantInnen und die Erweiterung ihrer Beteiligungsmöglichkeiten u.a. in den anstehenden Planungsverfahren;
- ein Jobprogramm in Unternehmen mit städtischer Beteiligung, das das Vergaberecht produktiv für gut bezahlte Jobs für Flüchtlinge anwendet;
- die notwendige Orientierung auf das dezentrale, gemischte Wohnen der Geflüchteten, ermöglicht durch die Beschlagnahme von Wohnungs- und Büroleerständen sowie Quotenregelungen bei allen Grundstücksvergaben und Neubauvorhaben;
- die Erkenntnis, dass alle bestehenden Wohnungsprogramme im Hinblick auf die akute Wohnungsnot von Einheimischen wie Zuziehenden überprüft und der »Drittelmix« zugunsten von mehr sozialem Wohnungsneubau in allen Stadtteilen abgeändert werden müssen;
- die Überzeugung, dass Kontaktflächen und -chancen für alle Eingewiesenen und Hinzuziehenden wichtig sind und helfen, Unsicherheiten zu überwinden;
- die Aufforderung an das Bezirksamt Hamburg-Mitte, auf den Umzug in das ehemalige Springer-Gebäude zu verzichten und dieses zu winterfesten Flüchtlingswohnungen umzubauen.

Für das sich an diesem Tag abzeichnende hamburgweite Willkommensbündnis fängt die Arbeit gerade erst an. Die auf der Tagung vorgelegte Erklärung soll dafür als Grundlage der weiteren Diskussion dienen.«

In **Partei und Fraktionen der LINKEN** diskutieren wir Kriterien, die es für ein gelingendes Quartier braucht. Wer sich ein fertiges Konzept wünscht, am besten noch für ganz Hamburg, wird enttäuscht. Die unterschiedlichen Erfahrungen aus der Stadtteilarbeit, aus der Flüchtlingsarbeit, aus der Wissenschaft und Forschung passen oft nicht zusammen. Haben die einen jahrelang gemischte Quartiere propagiert, sehen die anderen Chancen in Quartieren, die nur von Flüchtlingen bewohnt werden. Damit werde den Flüchtlingen die Voraussetzung für gegenseitige Unterstützung, für die Bildung von Netzwerken gegeben. Klappen könne das nur, wenn diese Quartiere offen blieben, den Wegzug ihrer BewohnerInnen in andere Stadtteile und den (späteren) Zuzug von anderen, auch Nichtgeflüchteten, ermöglichten.

Eine optimale Größe für die neuen Quartiere gibt es nicht, dafür sind die Bedingungen vor Ort zu unterschiedlich. In dem einen Stadtteil können 400 Wohnungen gut integriert werden, weil es bereits eine gute und ausbaufähige Bildungs- und Sozialinfrastruktur ebenso wie eine gute verkehrliche Anbindung gibt. In anderen Stadtteilen wirken die geplanten 800 Wohnungen wie Ufos, die keine Chance auf eine Verbindung und einen Austausch mit den umliegenden Stadtteilen haben. Etliche Standorte liegen in Landschaftsschutzgebieten. Deshalb muss es auch um ökologische Folgen gehen.

Linke Forderung: Leerstand nutzen

Was in der politischen Debatte bisher keinen Platz gefunden hat, ist unsere Forderung, den Leerstand von Wohnungen und Büros für die Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen zu nutzen. Leerstehende Wohnungen und als Feriendomizile zweckentfremdete Wohnungen gibt es in Hamburg immer noch in vierstelliger Zahl. Solange jedoch zu wenig Personal in den Bezirken eingesetzt wird, bleibt es bei dieser Sauerei in Zeiten der Wohnungsnot.

Der Leerstand bei den Bürogebäuden beträgt laut Senatsantwort auf eine aktuelle Anfrage der Linksfraktion 760.000 qm (Drucksache 21/2792). Hier handelt es sich um fertige Gebäude, mit Heizung und Sanitäreinrichtungen, die überwiegend in relativ kurzer Zeit umgenutzt werden können. Ein praktisches Beispiel hierfür findet sich in Altona/Nähe Bahrenfelder Trabrennbahn: Am Albert-Einstein-Ring sind in einem jahrelangen leerstehenden Bürokomplex mittlerweile über 1.000 Flüchtlinge untergebracht – diese konnten aus den Zelten in der Schnackenburgallee umziehen.

Dieses Beispiel könnte auch in dem ehemaligen Axel-Springer-Gebäude in der Caffamacherreihe in die Praxis umgesetzt werden. Seit dem 1. Januar 2016 ist nämlich die Stadt Eigentümerin von über 55.000 qm Bürofläche. Hier soll das Bezirksamt Hamburg-Mitte einziehen. Da der bisherige, stadteigene Standort in den Cityhof-Häusern weiterhin ohne Gefahr für Leib und Leben der MitarbeiterInnen genutzt werden könnte, bietet es sich an, das ehemalige Axel-Springer-Gebäude mindestens teilweise für Flüchtlinge zu nutzen. Doch der Senat hat das noch nicht mal in Erwägung gezogen (s. unsere kleine Anfrage Drs. 21/2792). Die Nutzung der Leerstände geht schneller als die Errichtung von Wohnunterkünften und schafft vor allem Zeit für eine gute Planung neuer Quartiere und Beteiligung. Dem bisherigen Verhalten von Rot-Grün, Fragen und Kritik sofort als Ablehnung von Wohnungen für Flüchtlinge zu verdammen, wird der Boden entzogen. Statt KritikerInnen mundtot zu machen, gilt es Strategien zu entwickeln für nachhaltige, stabile Quartiere. Kriterien hierfür hat die LINKE in den Bezirken und der Bürgerschaft vielfach benannt.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Ein unverzichtbares Datenmaterial für den kommunalpolitischen Alltag sind die jüngst erschienenen **Hamburger Stadtteilprofile 2015**. Das Statistikamt Hamburg veröffentlicht in dieser Reihe alljährlich ausgewählte Daten zu allen 104 Hamburger Stadtteilen, eine Fundgrube zu sozialen und Bevölkerungsangaben. Die neueste Ausgabe kann hier angeklickt werden: www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/HHAusgabe_derivate_00000073/1221-49-1-17.pdf;jsessionid=F62D6CF98F095FDF9EEC9699C5B8B676. Auf der Website des Statistikamtes lassen sich auch die älteren Stadtteilprofile heranziehen, um Vergleiche anzustellen.

Interessant sind auch die von einigen Bezirksverbänden und -fraktionen der LINKEN im meist mehrmonatigen Abstand herausgegebenen Zeitschriften. Von der Altonaer Linke beispielsweise kommen die **ALiNa. Altonaer Linke Nachrichten**. Die Winterausgabe der ALiNa, im Web zu finden unter www.die-linke-altona.de, ist vor allem der Flüchtlingsproblematik gewidmet. Mit dem gleichen Thema beschäftigt sich eine aktuelle Extra-Ausgabe des **EMIL. Eimsbüttel mit Links**, im Vierteljahresrhythmus herausgegeben von der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Eimsbüttel. Diese und ältere Ausgaben auf der Website www.linksfraktion-eimsbuettel.de.



Noch **bis zum 7. Februar** lädt die Rathaus-Diele ein zum Besuch der **Ausstellung zum Hamburger Fußball im Nationalsozialismus. Einblicke in eine jahrzehntelang verklärte Geschichte**. Zusammengetragen wurden die Informationen von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, präsentiert werden die höchst interessanten Schautafeln in Kooperation mit der Hamburgischen Bürgerschaft. Thematisch geht es u.a. um die Sportpolitik der Nazis, die Maßregelung und Verfolg von SportlerInnen, den Fußballalltag vor und im Krieg und natürlich das Fußballspielen selbst, auch im damaligen KZ Neuengamme. Mit der Ausstellung ist ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm verbunden. Termine für Vorträge, Filme und Führungen finden sich unter www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de.

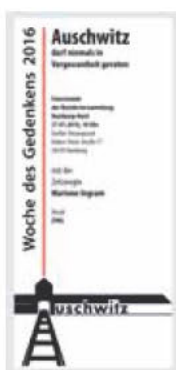
Eine weitere historische Ausstellung zeigt die Ev.-Lutherische Kirche in Norddeutschland **vom 29. Januar bis zum 21. Februar**: die **Wanderausstellung Neue Anfänge. Wie die Landeskirchen Nordelbiens mit ihrer NS-Vergangenheit umgingen**. Eröffnet wird die aus 40 Tafeln bestehende Dokumentation am Freitag, den 29. Januar, um 11.00 Uhr in der Hauptkirche St. Jacobi (Jakobikirchhof 22). Zu den Begleitveranstaltungen siehe www.nordkirche-nach45.de.





Am **Samstag, den 23. Januar**, findet wieder eine **Kundgebung gegen die Verdrängung der MieterInnen des Schanzenhofs** statt. Treffpunkt ist um 18.00 Uhr vor dem »Fritz im Pyjama-Hotel« (Schanzenstraße/Ecke S-Sternschanze), dessen Inhaber Stephan Behrmann laut Schanzenhof-Initiative schon seit 2013 mit den Gebrüdern Maximilian und Moritz Schommartz über einen »Großteil der Fläche« im Schanzenhof verhandelt. Bei der Aktion gibt es vegane Suppe und ein Rahmenprogramm.

»Von wegen« heißt das im vergangenen Jahr von Niels Boeing verfasste Buch mit dem Untertitel **Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft** – dem Ort, an dem die Menschen gemeinsam ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, wie es der Nautilus-Verlag optimistisch propagiert. Eine **Lesung** und Diskussion mit dem Autor findet am **Sonntag, den 24. Januar**, um 15.00 Uhr im »Kolibri« (Hein-Köllisch-Platz 12) statt.



Auschwitz darf niemals in Vergessenheit geraten, so lautet auch in diesem Jahr das Motto der **Woche des Gedenkens**, die die Bezirksversammlung Hamburg-Nord alljährlich und mit viel Aufwand organisiert. Rund um **Mittwoch, den 27. Januar** – an diesem Tag wird um 18.00 Uhr im Großen Sitzungssaal (Robert-Koch-Straße 17) eine offizielle Feierstunde abgehalten –, sind eine ganze Reihe von Veranstaltungen aller Art geplant. Das Programm gibt es hier: www.hamburg.de/contentblob/4664358/data/2016-01-12-woche-des-gedenkens-programm.pdf.

Ebenfalls am **Mittwoch, den 27. Januar**, ebenfalls um 18.00 Uhr, lädt das Hamburger Städtebauseminar – ein gemeinnütziger Verein zur Förderung der Städtebaukultur – ein zur Diskussion **Wohnungspolitik für alle. Bauen für Flüchtlinge – Wie und was plant Hamburg?**

Einziger Podiumsgast ist **Matthias Kock**, der neue Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW). Veranstaltungsort ist der Hörsaal 200 in der HafenCity Universität Hamburg (Überseeallee 16). Näheres – auch über die Eintrittspreise und weitere Veranstaltungen bis April – siehe unter www.staedtebauseminar.de.

Um Steuerschlupflöcher und die Steuererhebung in Deutschland und der Europäischen Union geht es im Bürgersaal des Rathauses am **Donnerstag, den 28. Januar**. Eingeleitet wird die Veranstaltung der Linksfraktion über **Die Entwicklung der Unternehmenssteuern in Deutschland** von Thomas Eigenthaler, dem Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuergewerkschaft, sowie Fabio De Masi, Europaabgeordneten der LINKEN und dort im Wirtschaftsausschuss und Steuer-Untersuchungsausschuss TAXE engagiert. Die Moderation obliegt dem linken Bürgerschaftsabgeordneten Norbert Hackbusch. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr.

Am **Dienstag, den 2. Februar**, starten die Landeszentrale für politische Bildung und das Kommunale Kino Metropolis eine **Filmreihe zum Komplex Migranten, Flüchtlinge und Vertriebene**. An diesem Tag zeigt das Metropolis um 19.00 Uhr den 2011 von Claire Angelini gedrehten, 80minütigen Film **»La guerre est proche«** (OeUT), in dem es um die wechselvolle Geschichte eines Flüchtlingscamps nach dem Spanischen Bürgerkrieg und zuletzt – bis 2007 – eines Lagers für »illegale Einwanderer« geht. Das mehrteilige Filmprogramm findet sich im Netz unter www.hamburg.de/politische-bildung.



Auf Hamburgs größter Elbinsel findet am **Sonntag, den 7. Februar**, ab 15.00 Uhr ein nachbarschaftliches Fest unter dem schönen Titel **Willkommen Wilhelmsburg** statt. Das Fest von und für Flüchtlinge, Initiativen und Menschen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, dient dem gegenseitigen Kennenlernen von Neu-WilhelmsburgerInnen und alten NachbarInnen. Ort des Geschehens ist das örtliche Bürgerhaus (Mengestraße 20).





Die Dabeigewesenen ist ein bemerkenswertes Online-Projekt überschrieben, das die Landeszentrale für politische Bildung auf den Weg gebracht hat. Es geht um eine **Topographie der Hamburger NS-TäterInnen**, der MitläuferInnen, DenunziantInnen, ProfiteurInnen und KarrieristInnen, genannt werden Ross und Reiter – und das wird für so manche Erschütterung und Empörung hinreichen. Die Datenbank wird am **Donnerstag, den 18. Februar**, um 19.00 Uhr im Reimarus-Saal der Patriotischen Gesellschaft (Tröstbrücke) vorgestellt und freigeschaltet, »ein Projekt mit kontinuierlicher Weiterentwicklung«, wie es in der Ankündigung heißt: www.hamburg.de/ns-dabeigewesene.

Kleine Korrektur bzw. Ergänzung zum »BürgerInnenbrief« vom 17. Dezember 2015:

Ein aufmerksamer Leser – genauer: der ehemalige Mitherausgeber Tim Golke – wies uns darauf hin, dass in der letzten Ausgabe das Foto auf S. 8 nicht von der Polizei verhängte Gefahrengebiete benennt, vielmehr handelt es sich um die verschiedenen Standorte von team.arbeit.hamburg. Und das auf dem Transparent aufgetragene Wörtchen »alerta« heißt übersetzt so viel wie Alarm oder Vorsicht!

Kinderarmut – bedrückend und verdrängt

Vo Joachim Bischoff



Osterbrookfest in Hamm, 7.9.2013 (Foto: M. Fisch)

Der Mieterverein zu Hamburg und der Sozialverband Deutschland (SoVD) hatten im März 2015 auf die unerträglich hohe Kinderarmut in Hamburg hingewiesen. Mehr noch: In der Hansestadt sei ein »bedrohliches Anwachsen der Kinder- und Jugendarmut« festzustellen, 58.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren seien von Armut bedroht.

Unbestritten: Hamburg hat sich zu einer gespaltenen Stadt entwickelt, in der Armut und extremer Wohlstand nahe beieinander liegen. In den Stadtteilen Rothenburgsort/Billbrook, Veddel und Steilshoop lebten Ende 2014 mehr als die Hälfte der Kinder (0 bis unter 7 Jahre) ganz oder teilweise von Sozialleistungen. In ganz Hamburg waren es 25.500 Kinder oder knapp 22% in dieser Altersgruppe, wie das Statistikamt Nord festgestellt hat. In acht von 85 Stadtteilen Hamburgs lag der Anteil der armutsgefährdeten Kinder bei über 40%. In 17 Stadtteilen hingegen bezogen weniger als 5% Hilfe vom Staat. Diese befanden sich vor allem in den Elbvororten, dem Raum Alstertal/Walddörfer, in den Vier- und Marschlanden

sowie in der Nähe der Außenalster. Am niedrigsten war die Quote mit jeweils rund 1% in Sasel, Nienstedten/Blankenese und Groß Flottbek. Die Zahl der Kinder unter sieben Jahren, die staatliche Sozialleistungen erhält, erhöhte sich insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 2%.

Die Kinderarmut ist zugleich das wichtigste Symptom für einen wachsenden Bereich von sozialer Verwahrlosung, für den der Staat bzw. hier die Stadt enorme personelle und finanzielle Mittel bereitstellen muss, um weitere Negativentwicklungen einzudämmen. Kinder in Deutschland landen häufiger bei Pflegeeltern oder im Heim. Wurden 2005 knapp 26.000 Minderjährige von den Jugendämtern in ihre Obhut genommen, lag diese Zahl 2014 schon bei mehr als 48.000. Dabei lassen sich massive Unterschiede zwischen den Bundesländern feststellen. Insgesamt gibt der Staat für die Kinder- und Jugendhilfe fast 36 Mrd. Euro im Jahr aus. Neben dem Kindergeld ist dies der zweite große Brocken der Familienförderung. Den größten Anteil in der Kinder- und Jugendhilfe machen

die Betreuungskosten in Kitas und Horten aus. Während sich diese Angebote an alle Familien richten, dienen die Hilfen zur Erziehung – die neben Heimunterbringung auch Erziehungsberatung und andere Familien unterstützende Angebote umfassen – dem Schutz gefährdeter Minderjähriger und sind für jene Familien gedacht, die Probleme haben, ihre Kinder ohne ergänzende Betreuung großzuziehen. In nur zehn Jahren haben sich die staatlichen Ausgaben für solche Kinderschutzmaßnahmen auf jährlich neun Mrd. Euro fast verdoppelt. Für eine grundlegende Verbesserung der Lebenssituation dieser Familien bedarf es weitergehender Maßnahmen und Initiativen. Dazu gehören verbesserte Angebote der Kinderbetreuung, der schulischen und beruflichen Bildung, aber auch und nicht zuletzt bezahlbarer Wohnraum. Für Eltern wie Kinder geht es um gezielte Maßnahmen der beruflichen Qualifikation und Arbeitsplatzangebote, um aus dem Teufelskreis der Armut ausbrechen zu können.

Es ist scheinheilig, die Schuld am »Fall Chantal« und anderen Missständen bei den personell und finanziell ausgedünnten Ämtern oder den freien Trägern zu suchen, die die früher staatlich organisierten Angebote der Kinder- und Jugendhilfe übernommen haben – auch, weil die Stadt dadurch (beim Personal) sparen wollte. Für eine qualitativ hochwertige Kinder- und Jugendarbeit müssen die staatlichen Stellen wie die freien Träger mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden. Dies wäre – neben der Frage der politischen Verantwortung – eine wichtige Schlussfolgerung aus den alltäglichen Dramen der »Verletzungen des Kindeswohls«. Das alles kostet Geld und die öffentlichen Finanzen sind begrenzt. Unter dem Blickwinkel einer »Ökonomie des ganzen Hauses« ist das kurzatmige Sparen im Sozialetat oder auch die teilweise absurde Prioritätensetzung mehr als kontraproduktiv. Kosten, die in der Eindämmung der Kinderarmut gespart werden, fallen anderswo an – bei den folgenden Generationen oder in späteren Entwicklungsperioden der Betroffenen. Zudem mahnen die Ereignisse in vielen europäischen Ländern, welche Folgen Perspektivlosigkeit und ausbleibende staatliche Hilfen gerade für Kinder und Jugendliche zeitigen können.

Die »Schuldenbremse« ist auch im Bereich der Armutsbekämpfung zum entscheidenden Bremsklotz für eine bessere Zukunft für die jungen BürgerInnen dieser Stadt geworden. Die Ausgaben für den Kinderschutz variieren zwischen den einzelnen Bundesländern stark. Insgesamt gibt es in Deutschland rund 120.000 solcher Verfahren im Jahr. In einem Drittel zeigt sich am Ende, dass keine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Bei einem weiteren Drittel gibt es zwar keine Vernachlässigung oder Misshandlung zu beanstanden, wird aber dennoch Unterstützungsbedarf gesehen. In dem letzten Drittel ergibt die Überprüfung tatsächlich eine Kindeswohlgefährdung, die oftmals eine Unterbringung außerhalb der Familien zur Folge hat. Dabei ist das Gros der Kinder, die in Obhut genommen werden, älter als zwölf Jahre. Dass in Süddeutschland deutlich seltener das Jugendamt kommt, als dies in den Stadtstaaten oder in Ostdeutschland der Fall ist, lässt sich zum Teil mit der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur begründen. So sind die Familienverhältnisse im Süden stabiler

als in den Großstädten oder in den neuen Bundesländern. In Berlin, Hamburg und Bremen gibt es ebenso wie im Osten viele Alleinerziehende. Getrennt lebende Eltern sind deutlich häufiger mit der Erziehung überfordert als Paare. Weitere Risikofaktoren sind Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Sucht.

Mehr Inobhutnahmen von Flüchtlingskindern

Wie die jüngsten Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, haben die Einreisen unbegleiteter Minderjähriger die Zahl der Inobhutnahmen zuletzt stark steigen lassen. Hatten die Jugendämter 2009 noch weniger als 2.000 Flüchtlinge unter 18 Jahren unter ihre Fittiche genommen, waren es im vergangenen Jahr schon gut 11.600. Für dieses Jahr ist ein weiterer starker Anstieg wahrscheinlich (siehe Abb. 1 und 2).

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter den erstmalig Asylsuchenden ist beständig gestiegen. Im Oktober 2015, dem letzten Monat, für den Daten vorliegen, waren es 14.100 Kinder. Von diesen kamen 66,8% aus den Krisengebieten in Syrien, Irak und Afghanistan. Nachdem der Zustrom vom Balkan nachgelassen hat, stellten diese Länder zuletzt nur noch einen Anteil von 13,9%. Eurostat-Zahlen zufolge erreichten 2014 3.785 Jungen und 595 Mädchen die Bundesrepublik ohne ihre Eltern bzw. wurden nach der Einreise zurückgelas-

Abb. 1: Einwandererkinder im SGB II (»Hartz IV«)

Leistungsbezieher unter 18 Jahren im SGB II nach Staatsangehörigkeit (Monatsdaten)

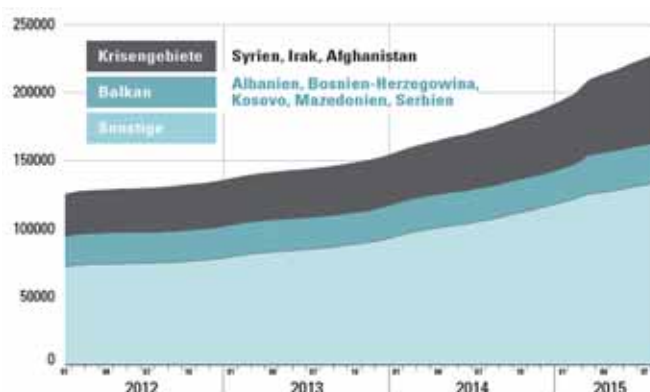
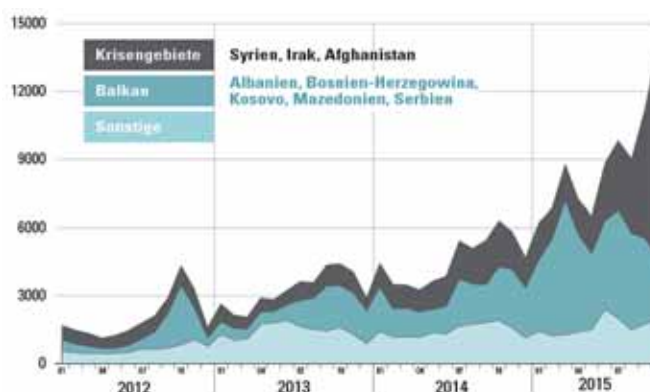


Abb. 2: Flüchtlingskinder nach Herkunftsgebiet

Erstmalige Asylbewerber unter 18 Jahren nach Herkunftsland (Monatsdaten)



Quelle: WSI

sen, darunter 275 Kinder unter 14 Jahren. Über drei Viertel von ihnen kam aus Afghanistan, Eritrea, Syrien, Somalia und dem Irak.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Kinderarmut in Deutschland weiterhin auf hohem Niveau verharret. Die aktuelle Einwanderungswelle wird sich jedoch nach und nach in einem erneuten Anstieg der Armutsquote niederschlagen. Damit stellt sich die Frage, was getan werden kann, um Kinderarmut zu vermeiden. Wie sowohl die Vergleiche zwischen den Regionen als auch zwischen verschiedenen Einwanderergruppen gezeigt haben, ist die Einbindung in den Arbeitsmarkt entscheidend. Der einfache Grund besteht darin, dass Lohnarbeit für die meisten Familien die einzige Einkommensquelle darstellt, die auf Dauer ein Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht. Ein adäquater Mindestlohn kann auch hier einen Beitrag leisten. Ausnahmen vom Mindestlohn für Flüchtlinge sind damit nicht zielführend.

Die Sozialverbände in Hamburg forderten den Senat auf, sich vor allem für einen Rechtsanspruch von Kindern und Jugendlichen auf einen eigenständigen bedarfsgerechten Regelsatz in der Grundsicherung stark zu machen. Notwendig seien eine bedarfsgerechte Bemessung von familien- und sozialpolitischen Leistungen wie Kindergeld und Kinderzuschlag sowie eine Erhöhung und Dynamisierung der Einkommensgrenzen beim Wohngeld. Hamburgs DGB-Vorsitzende Katja Karger nannte die Zahlen »erschreckend«. Für die Kinder bedeute dies weniger Zugang zu Bildung, Freizeit- oder kulturellen Angeboten. Notwendig seien gezielte Maßnahmen, um Eltern aus dem Dauerbezug von Arbeitslosengeld II heraus zu bekommen. Laut WSI-Studie könnte die Kinderarmut vor dem Hintergrund der starken Zuwanderung in den kommenden Jahren spürbar steigen. Karger: »Umso wichtiger ist es, jetzt umfassende Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt zu ergreifen.«

Hat sich an diesem Missstand in den letzten Monaten etwas zum Besseren verändert? Wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung im Verteilungsbericht vom November 2015 feststellt, lebt hierzulande fast jedes fünfte Kind (19%) in einem einkommensarmen Haushalt. Besonders verbreitet ist Kinderarmut in den ostdeutschen Bundesländern – allerdings ist dort die Quote gesunken. Alleinerziehende und ihre Kinder sind besonders häufig von Armut betroffen. Mit einer Quote von 25,1% hatte der Regierungsbezirk Düsseldorf im Jahr 2014 nach Bremen (33,1%) den höchsten Anteil an armen Kindern in Westdeutschland.

Kinderarmut in einer reichen Region

In der Kinderarmut in Hamburg bündeln sich die sozialen Spaltungen der Stadt. »Es wäre schön, wenn unsere Stiftung überflüssig wäre«, sagt zum Beispiel Susann Grünwald, Gründerin der »Stiftung Mittagsskinder« in Hamburg. »Der Bedarf ist in den vergangenen Jahren immer größer geworden.«¹ Auch die Einführung von Ganztagschulen habe die Situation nicht verändert. Den Kindern fehle es häufig an den wichtigsten Dingen.

Tabelle 1: Woran fehlt es armen Kindern? (Angaben in %)

Mangel/Nicht vorhanden	Arm	Alle
Restaurantbesuch pro Monat	76,9	59,3
Kino, Konzert, Theaterbesuch pro Monat	65,8	36,2
Ausreichend Winterkleidung	9,7	2,8
Ausreichend Zimmer	25,6	2,8
Computer/Internet	15,6	4,4
Einwöchiger Urlaub pro Jahr	69,5	37,8
Energierrechnung pünktlich zahlen	7,9	1,8

Quelle: WSI-Report 11/Januar 2014

Eine bundesweite Untersuchung zur Kinderarmut² kommt zu dem Ergebnis, dass sie mit einem Mangel an vielen Dingen des Alltagslebens verbunden ist. So nehmen arme Kinder in den alten Bundesländern deutlich seltener an Aktivitäten teil, die für nichtarme Kinder fast selbstverständlich sind.³ (Siehe Tabelle 1) Die Sozialbehörde betrachtet diese Stimmen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich als übertriebene Verallgemeinerung von Einzelfällen. Gegen diese Abwertung eines gesellschaftlichen Problems kämpft bundesweit das Kinderhilfswerk. Kinder, die mit knurrendem Magen in die Schule gehen,⁴ Viert- oder Fünftklässler, die nur mit Mühe und Not lesen und schreiben können, oder Mädchen und Jungen, für die ein Besuch in der Schwimmhalle zu teuer ist – die Kinderarmut in Deutschland hat viele Gesichter. In der Bevölkerung ist das bekannt. Nach einer Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW)⁵ sehen fast zwei Drittel der Befragten Kinderarmut als Problem. Seit Jahren wird auch öffentlich darüber diskutiert, doch eine dauerhaft erfolgreiche Strategie hat die Politik nicht gefunden.

Und wenn die Verdrängung anhält, wird sich wenig ändern. Denn aus Sicht von PraktikerInnen und ExpertInnen wird Kinderarmut schlicht ignoriert. Hamburg ist ein herausragendes Beispiel für diese Verdrängungspolitik.

¹ Zit. nach Hamburger Morgenpost vom 18.1.2014.

² Helge Baumann und Eric Seils: Wie »relativ« ist Kinderarmut?, Armutsrisiko und Mangel im regionalen Vergleich, WSI-Report 11, Januar 2014

³ Immerhin hat es mit dem Bildungspaket der Bundesregierung ein wenig Bewegung gegeben: Bedürftige Kinder und Jugendliche haben einen Rechtsanspruch aufs Mitmachen – bei Tagesausflügen und dem Mittagessen in Kita, Hort und Schule, bei Musik, Sport und Spiel in Vereinen und Gruppen. Das Bildungspaket unterstützt gezielt 2,5 Mio. Kinder und Jugendliche. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, hält die Maßnahme allerdings für gescheitert. »Besonders die Musik- und Sportgutscheine entpuppen sich als reine Luftnummer.« Das Bildungspaket sei das wohl lebensfernste, was vom Arbeitsministerium auf den Weg gebracht wurde. Auch die vom Wohlfahrtsverband befragten Kindertagesstätten, Sozial- und Familienberatungsstellen sowie Anbieter in der offenen Jugendarbeit bewerten das Bildungspaket kritisch.

⁴ Selbstverständlich geht es in Europa und Hamburg immer um einen Begriff von »relativer Armut«. Ein Vergleich mit gesellschaftlichen Verhältnissen aus Ländern der 3. Welt oder Regionen mit militärischen Konflikten oder Vertreibung von Bevölkerungsgruppen führt bei der Auseinandersetzung mit Armutserscheinungen in Wohlstandsregionen nicht weiter.

⁵ »Große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland fordert umfangreiche Maßnahmen gegen Kinderarmut – Umfrage im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerks«, Pressemitteilung des DKHW vom 14.1.2014.

Fast 59.000 Unterschriften gegen die Not

Jahr für Jahr bietet das Winternotprogramm der Sozialbehörde Obdachlosen die Möglichkeit, einen sicheren, trockenen und warmen Übernachtungsplatz aufzusuchen. Doch allmorgendlich müssen die betroffenen 650 Menschen die entsprechende Einrichtung wieder verlassen, unabhängig von der Kälte und sonstigen Witterungsbedingungen. Die Behörde empfiehlt den Obdachlosen, eine Tagesaufenthaltsstätte zu nutzen, doch deren Plätze sind viel zu begrenzt, als dass alle aufgenommen werden könnten. Und auch die Ankündigung einer weiteren Einrichtung in Hammerbrook und stundenweise Öffnungszeiten zweier bestehender Einrichtungen am Wochenende werden das Problem nicht lösen. Stephan Karrenbauer, der zuständige Sozialarbeiter beim Straßenmagazin »Hinz & Kunzt« äußerte sich auf dessen Website jüngst so: »Die Neuerung ändert nichts daran, dass die meisten Obdachlosen im Winter von Einrichtung zu Einrichtung durch die halbe Stadt gescheucht werden.«

Damit sich das schnellstmöglich ändert, hat Stephan Karrenbauer kürzlich eine Petition initiiert, die innerhalb weniger Wochen von mittlerweile fast 59.000 Menschen unterzeichnet wurde. Gefordert wird, die Übernachtungsstätten auch tagsüber zu öffnen, die Obdachlosen eben nicht in die Kälte rauszuscheuchen. Wir möchten diese Petition aus vollem Herzen unterstützen und nehmen sie deshalb in diesen »BürgerInnenbrief« auf.

Auch wenn oder besser weil Sozialsenatorin Melanie Leonhard weiter daran festhält, die Türen der Übernachtungsstätten tagsüber verschlossen zu halten (Kranken hat sie nun allerdings eingeräumt, in den Einrichtungen verbleiben zu können), empfehlen wir die Unterzeichnung der Petition hier: www.change.org/p/sozialsenatorin-melanie-leonhard-winternotprogramm-f%C3%BCr-obdachlose-auch-tags%C3%BCber-%C3%B6ffnen

Petition: Winternotprogramm für Obdachlose auch tagsüber öffnen!

Sozialsenatorin Melanie Leonhard, **setzen Sie die Obdachlosen im Winter nicht vor die Tür!**

Dauerfrost, eiskalter Wind, Schneegestöber oder Starkregen – all das hält die Behörde von Hamburgs Sozialsenatorin Melanie Leonhard nicht davon ab, **jeden Morgen mehr als 600 Obdachlose in die Kälte zu schicken!** Um 9 Uhr müssen die Bewohner des Winternotprogramms für Obdachlose ihre Quartiere verlassen – und erst ab 17 Uhr dürfen sie wieder ins Warme.

Für uns bei Hinz & Kunzt ist das fahrlässig. Denn in der Beratung erlebe ich als Sozialarbeiter **erschöpfte und kranke Menschen, die nicht zur Ruhe kommen**. Sie müssen sich den ganzen Tag über irgendwo herumdrücken, bis sie abends wieder zurück dürfen. Sie müssen ständig wechseln zwischen Tagesaufenthaltsstätten, Straße, Beratungsstelle, U-Bahn und S-Bahn, Einkaufszentren – um irgendwo **einen Platz zu finden, wo es warm ist**.

Die zwei Gründe, mit denen die Behörde diese Maßnahme begründet, hören sich für uns **unglaublich und zynisch** an. Die Gebäude müssten gereinigt werden: Ja, aber nicht den ganzen Tag! Die Obdachlosen sollten so in Bewegung gehalten werden und nicht in ihrer Situation verharren. Aber kein Mensch muss an sieben Tagen die Woche acht Stunden lang beraten werden – zumal es kaum Dauer-Unterkunftsplätze, geschweige denn Wohnungen gibt, in die die Wohnungslosen ziehen könnten.

Deswegen fordern wir: Senatorin Leonhard, gönnen Sie den Obdachlosen Ruhe und Wärme! Sie brauchen das genauso wie wir alle – und Sie sicher auch.

Kulturtipp: Ausstellung zur NS-Zwangsarbeit

Von Surya Stölpe



l.: Ausstellungsplakat, r.: Zwangsarbeiter bei der Firma Hans Stoll 1942

Die Ausstellung mit dem Titel »Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg« ist eine spannende Auseinandersetzung mit der systematischen Unterjochung und Ausbeutung von über 20 Mio. Menschen und gleichzeitig mit einem Teil des nationalsozialistischen Alltags. Männer, Frauen und Kinder aus fast allen Ländern Europas wurden als »Fremdarbeiter«, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge in das nationalsozialistische Deutschland verschleppt oder mussten in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten Zwangsarbeit leisten.

Die Ausstellung beleuchtet umfassend verschiedene Voraussetzungen und Umstände der Zwangsarbeit: Im ersten, allgemein gehaltenen Teil geht es um die Anfänge des Nationalsozialismus, die Ausbreitung und Propaganda der rassistischen Ideologie in der gesamten Gesellschaft. Wenn das bekannt ist, kann das erste Drittel der Ausstellung gestrost übersprungen werden. Gleichwohl ist es wichtig, sich noch einmal klarzumachen, wie mithilfe einer so ausdifferenzierten Ideologie der vermeintlichen Ungleichwertigkeit von Menschen die Grundlagen für eine derartige Entrechtung und Misshandlung von Millionen von ZwangsarbeiterInnen geschaffen wurden.

Im zweiten Teil wird der systematische Einsatz von Arbeit als Repressionsmittel und Werkzeug der Vernichtung beleuchtet. Besonders interessant ist hier der immer wiederkehrende Hamburg-Bezug: Dass spätestens seit 1942 Zwangsarbeit und ZwangsarbeiterInnen überall in Hamburg zum Stadtbild und zum Alltag gehörten, war mir so nicht klar. Mithilfe einer digitalen Recherchemöglichkeit können BesucherInnen ihre Straße oder den Wohnort ihrer Eltern auf einer Hamburg-

Karte finden und sich anzeigen lassen, welche Zwangsarbeitsstätten in der unmittelbaren Nähe existierten und welche Firmen in ihrer Nähe Teil dieses Systems waren.

Im dritten Teil geht es um die Profiteure des Systems der Zwangsarbeit. Massenhaft deutsche und auch Hamburger Firmen, deren Namen wir bis heute kennen, finden sich darunter. Auch das Thema Entschädigung von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, von dem in den letzten Jahren immer wieder in den Medien zu lesen war, wird hier nochmals in seiner ganzen Breite und Ungeheuerlichkeit aufgerollt.

Die Ausstellung ist auch deswegen so eindrücklich, weil sie Geschichte auf verschiedenen Ebenen erfahrbar macht. ZeitzeugInnenberichte, wissenschaftliche Texte, Fotos und kommentierte historische Texte wechseln sich ab. Durch den Hamburg-Bezug und die Möglichkeit der digitalen Recherche in der Datenbank ist es möglich, selbst aktiv zu werden und das Erfahrene in das eigene Leben hereinzuholen.

Fazit: Eine sehr umfassende Ausstellung, für die mindestens zwei Stunden einzuplanen sind.

Sie ist bis zum 3. April zu sehen im Museum der Arbeit (Wiesendamm 3, S-Bahn Barmbek). Öffnungszeiten: montags 13-21 Uhr, dienstags bis samstags 10-17 Uhr, an Sonn- und Feiertagen 10-18 Uhr. Eintritt: Erwachsene 7,50 Euro, ermäßigt 4,50 Euro, freien Eintritt erhalten Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Es lohnt sich auch der Blick in das umfangreiche Begleitprogramm: www.museum-der-arbeit.de und www.ausstellung-zwangsarbeit.org. Zur Ausstellung ist zudem (zum Preis von 19,80 Euro) ein 256seitiger Katalog erschienen, herausgegeben von Volkhard Knigge, Rikola-Gunnar Lüttgenau und Jens-Christian Wagner.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.